

Unser Projekt

Das Kooperationsprojekt von Germanwatch und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft dient dazu, die entwicklungspolitischen Wirkungen der EU-Agrarpolitik mit in die neuerlichen Reformdebatten in Deutschland einzubringen und Unterstützungsmaßnahmen der EU und auch der WTO so auszugestalten, dass sie die ländliche Entwicklung weltweit fördern. Gleichzeitig geht es darum, die Verbindung zwischen bäuerlicher Landwirtschaft in Nord und Süd ins öffentliche Bewusstsein zu heben. Denn nicht im Gegensatz Nord *gegen* Süd, sondern nur im Schulterschluss lässt sich Positives gestalten.

Um das zu erreichen:

- erstellen wir Fallstudien in Deutschland und Sambia, die die Wirkungen von Förderpolitiken beispielhaft analysieren;
- erarbeiten wir Kriterien für die entwicklungspolitische und bäuerliche Ausrichtung von Agrarzahungen;
- begleiten wir öffentlichkeitswirksam die Reformprozesse der EU und der WTO;
- bringen wir die gemeinsamen Reformansätze in den politischen Prozess ein;
- bündeln wir Kräfte mit anderen Akteuren aus Entwicklungspolitik, Landwirtschaft, Kirche und Umwelt- und Verbraucherschutz.



Foto links: Redaktion Bauernstimme



Germanwatch ist eine Nord-Süd-Initiative, die sich seit 1991 für eine soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung einsetzt. Die so genannten Entwicklungsländer müssen die Chance zu einer eigenständigen Entwicklung bekommen. Ernährungssicherung, faire Welthandelsstrukturen, Entwicklungspolitik, Klimaschutz und Unternehmensverantwortung sind die Arbeitsschwerpunkte von Germanwatch.

Germanwatch e.V.

Voßstr. 1
10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 / 2888 356-3
E-Mail: reichert@germanwatch.org
www.germanwatch.org



Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft ist eine bäuerliche Interessenvertretung, die für eine soziale und umweltverträgliche Landwirtschaft und entsprechende Rahmenbedingungen eintritt. Als Teil ihrer Arbeit bringt die AbL die Position von Bauern und Bäuerinnen in die Agrarpolitik ein.

AbL - Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Bahnhofstr. 31
59065 Hamm
Tel.: +49 (0)2381 / 9053172
E-Mail: thomsen@abl-ev.de
www.abl-ev.de

Das Kooperationsprojekt *Förderinstrumente zur ländlichen Entwicklung in Nord und Süd* wird gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.



Die dargestellten Inhalte müssen nicht unbedingt der Auffassung des Förderers entsprechen.

Ländliche Entwicklung weltweit

Risiken aufdecken, Chancen nutzen

Titelfoto: Information suisse sur le pain ISP



Bestellnr. 07-1-03



Ländliche Räume

Ländliche Räume haben eine zentrale Bedeutung als Lebens- und Arbeitsraum für die Bevölkerung weltweit, für die Produktion von Nahrungsmitteln und anderen agrarischen Rohstoffen, für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen und für die Sicherung der biologischen Vielfalt. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in ländlichen Räumen, kann jedoch oft nur wenig an der Wertschöpfung teilhaben. Fast 80 Prozent aller Hungernden und Unterernährten in Entwicklungsländern leben in ländlichen Räumen. In den Industrieländern leiden gerade kleinere landwirtschaftliche Betriebe unter stagnierendem oder sinkendem Einkommen.



Foto: Information suisse sur le pain ISP

Folgen weltweit

Diese Art der Agrarpolitik verschärft im Norden wie im Süden den Strukturwandel hin zu großen, mit intensivem Einsatz von externen Inputs wirtschaftenden Betrieben. Auch trägt eine nicht nachhaltige Nutzung der ländlichen Räume zu Bodenerosion, Übernutzung der Trinkwasservorräte und dem Verlust biologischer Vielfalt bei. Gleichzeitig werden Kleinproduzenten vor allem auf ungünstigen Standorten marginalisiert. Dies verschärft wiederum die Armut- und Ernährungsproblematik in vielen Entwicklungsländern. Das beim Welternährungsgipfel 1996 formulierte Ziel, die Zahl der Hungernden bis 2015 auf 400 Millionen zu halbieren, wird daher kaum noch zu erreichen sein.

Chancen nutzen

...in der EU

Seit Ende 2007 werden in der EU die Auswirkungen der jüngsten Reform von 2003 geprüft und Änderungen vorgeschlagen. Dieser Prozess heißt Health Check. Die Kommission plant weitere Reformschritte zur Ausgestaltung der Agrarsubventionen. Jetzt müssen die Weichen zur Qualifizierung der Agrarprämien gestellt werden, damit entwicklungspolitische und bäuerliche Ziele gestärkt werden. In den Vorschlägen der EU-Kommission gibt es bereits Ansätze dazu. Auch müssen die Mitgliedstaaten nun veröffentlichen, welcher Betrieb wie viele Zahlungen erhält. Das hat u.a. die Transparenz-Initiative, ein Zusammenschluss von mehr als 30 Organisationen in Deutschland, gegen den Widerstand der Agrarlobby durchgesetzt. Die Offenlegung erleichtert die öffentliche Diskussion über den Nutzen und die Ausgestaltung der Zahlungen.

...in der WTO

In der WTO hat die Debatte um die Förderpolitiken dagegen noch nicht richtig begonnen. Zum einen stehen in den laufenden Verhandlungen nur unzureichende Reduktionen der als handelsverzerrend definierten Subventionen zur Diskussion. Zum anderen bleiben die als nicht oder nur wenig handelsverzerrend definierten Subventionen, die in die so genannte Grüne Box eingeteilt sind, unbegrenzt bestehen. Das wird von den Entwicklungsländern kritisiert, denn die Zahlungen in dieser Kategorie wirken nach wie vor handelsverzerrend, wie etwa die entkoppelten Direktzahlungen der EU. Aber weder die USA noch die EU waren bisher bereit, wirklich über dieses Thema zu verhandeln. Auch deshalb konnten die laufenden Verhandlungen trotz vieler Versuche noch nicht abgeschlossen werden. Ein internationaler Konsens über die entwicklungs- und sozialverträgliche Ausgestaltung von agrarpolitischen Fördermaßnahmen ist dringend erforderlich.

...in der Entwicklungszusammenarbeit

Solch ein Konsens käme auch der Entwicklungszusammenarbeit zu Gute, die zwar den ländlichen Raum wiederentdeckt hat, aber teilweise noch den Konzepten der ökologisch und sozial problematischen "Grünen Revolution" anhängt.



Foto: Alexandra Burmann

Risiken aufdecken

Um die Potenziale der ländlichen Räume zur Armutsbekämpfung und nachhaltigen Entwicklung in Süd und Nord wirklich nutzen zu können, sind gezielte politische Fördermaßnahmen notwendig. In vielen Entwicklungsländern aber zielt die Agrarpolitik vor allem auf die Entwicklung von Exportmöglichkeiten ab. In der EU sind in der jüngsten Agrarreform (2003) zwar die Unterstützungsleistungen weitestgehend von der Produktion abgekoppelt worden, dennoch wirkt der Löwenanteil dieser entkoppelten Direktzahlungen weiterhin wettbewerbsverzerrend. Die fehlende Bindung an wirksame ökologische und soziale Kriterien führt dazu, dass ein flächenstarker rationalisierter Betrieb Subventionen in Höhe von bis zu 120.000 Euro je Arbeitskraft bekommen kann, während der Großteil der Betriebe weniger als 10.000 Euro je Arbeitskraft an Direktzahlungen erhält. Diese Wettbewerbsverzerrung wird auch auf den Weltmarkt „exportiert“. Zudem unterstützt die EU weiterhin Investitionen von bereits wettbewerbsfähigen Betrieben.

Foto: Redaktion Bauernstimme

